

Forderungen von NABU und BUND für eine insektenfreundliche Landespolitik

Angesichts des dramatischen Rückgangs der Insektenvielfalt und der Insektenbiomasse fordern die Umweltverbände NABU und BUND die Landespolitik zum Handeln auf. Effektive Maßnahmen müssen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ergriffen werden. Für die Landespolitik fordern NABU und BUND:

1. Pestizidreduktionsprogramm

Chemisch-synthetische Herbizide und Insektizide haben erwiesenermaßen negative Auswirkungen auf Insekten. Es wird vermutet, dass sie sogar eine der Hauptursachen des Insektenrückgangs sind. Von 2002 bis 2014 stieg der Inlandsabsatz an Pestizidwirkstoffen in Deutschland um gut 25 Prozent, gleichzeitig sind heutige Wirkstoffe wie z. B. die Neonicotinoide bis zu 7.000 Mal giftiger als das früher eingesetzte Mittel DDT. Ein Pestizidreduktionsprogramm auf Landesebene sollte mindestens die folgenden Maßnahmen umfassen:

- Anpassung des Förderprogramms FAKT: Erhöhung des Titels für den Verzicht auf chemisch-synthetische Produktionsmittel (D1) und für Herbizidverzicht im Ackerbau (E3).
- Stärkere Förderung des Ökolandbaus (Umstellungs- und Beibehaltungsförderung) und Ausbau der landwirtschaftlichen Ausbildung und Beratung in Bezug auf pestizidfreie Anbaumethoden.
- Erweiterung des Verbots von Pestiziden in Wasser- und Quellschutzgebieten, um Wirkstoffe wie Glyphosat und Neonicotinoide in der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO) unter § 4.
- Erweiterung des Pestizidverbots nach § 34 NatSchG auf intensiv genutzte land- und fischereiwirtschaftliche Flächen innerhalb von Naturschutzgebieten, Kern- und Pflegezonen von Biosphärengebieten, flächigen Naturdenkmälern, FFH-Lebensraumtypen in FFH-Gebieten und § 30/§ 33-Biotopen.

Stuttgart, 11. Oktober 2017

Johannes Enssle

NABU-Landesvorsitzender
Tel. 0711.966 72-27
Mobil 0176.57 68 15 75
Johannes.Enssle@NABU-BW.de

Dr. Brigitte Dahlbender

BUND-Landesvorsitzende
Tel. 0711.62 03 06-0
Mobil 0171.934 13 36
Brigitte.Dahlbender@bund.net

**Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Landesverband Baden-Württemberg e.V.**

Marienstr. 28
70178 Stuttgart
Tel. 0711.62 03 06-0
Fax 0711.62 03 06-77
bund.bawue@bund.net
www.bund-bawue.de

**NABU – Naturschutzbund Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg e.V.**

Tübinger Str. 15
70178 Stuttgart
Tel. 0711.966 72-0
Fax 0711.966 72-33
NABU@NABU-BW.de
www.NABU-BW.de



- Vollständiger Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide auf landeseigenen Flächen, egal ob auf Grünanlagen und Grünflächen landeseigener Liegenschaften, auf Staatsdomänen oder auf verpachteten landwirtschaftlichen Landesflächen.
- Engagierter Einsatz des Landes auf Bundes- und EU-Ebene für ein Verbot der gefährlichsten Herbizide (z.B. Glyphosat) und Insektizide (z.B. Neonikotinoide) sowohl in Haus- und Kleingärten als auch in der Landwirtschaft und eine Überprüfung der Rechtslage, ein entsprechendes Gesetz auf Landesebene erlassen zu können.

2. Lebensräume und Nahrung der Insekten sichern

Arten- und blütenreiches Grünland (Wiesen und Weiden), Saumstrukturen entlang von Schlaggrenzen, Wald- und Gewässerränder mit Hochstauden, krautigen Pflanzen und Gräsern sowie Brachen und Blühflächen auf Äckern sind wichtige Insektenlebensräume. Um sie zu sichern und zu erweitern, sollte das Land die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- Anpassung des Förderprogramms FAKT durch Zulassung mehrjähriger Blühmischungen und Aufnahme einer Prämie für die Heufütterung von Milchkühen und den Ausschluss von Silagegewinnung und Gülleausbringung auf artenreichem Grünland.
- Start eines gut ausgestatteten Umsetzungsprogramms für den landesweiten Biotopverbund. Im Rahmen dieses schlagkräftigen Programmes sollten öffentliche und private Körperschaften finanzielle Mittel erhalten, um großflächige Biotopverbundmaßnahmen umzusetzen, die auch für die Insekten die grüne Infrastruktur des Landes bilden.
- Gesetzliche Unterschutzstellung von Streuobstwiesen, FFH-Mähwiesen und Magerrasen nach § 33 NatSchG, um den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden, Entwässerungsmaßnahmen und die Ausbringung von mineralischem Stickstoffdünger, Gülle und Gärresten in diesen Gebieten auszuschließen.

3. Insekten-Monitoring

Die Forschungsergebnisse zum Insektenrückgang sind lückenhaft, weil es bisher kein staatliches Monitoring gibt.

- Die Landesregierung sollte die LUBW beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Naturkundemuseen und den Naturschutzverbänden einen landesweiten Insekten-Monitoring-Plan aufzustellen und umzusetzen
 - mit regelmäßigen standardisierten Kartierungen in den FFH- und Naturschutzgebieten für wertgebende Insektenarten
 - mit einem landesweiten Stichprobennetz für Massenermittlungen.